

Freie Demokraten

Landesverband
Thüringen **FDP**

Antragsbuch

33. Ordentlicher Landesparteitag der
FDP Thüringen

09.06. / 10.06.2018

Bad Tabarz

NR.	ANTRAGSSTELLER	ANTRAGSINHALT
Weltbeste Bildung für Jeden		
101	LFA I Bildung, Hochschule, Wissenschaft und Kunst, Philip Riegel	Berufliche Ausbildung von jugendlichen Migranten
102	Thomas L. Kemmerich, Tim Wagner	Ausbildungsberufe und berufliche Weiterbildung stärken - Bildungs Offensive 2022
Vorankommen durch eigene Leistung		
201	Torsten Sachse, Patrick Frisch, Tim Wagner	Tarifautonomie in der Arbeitnehmerüberlassung stärken - Höchstüberlassungsdauer in der Arbeitnehmerüberlassung abschaffen
202	Jürgen Meyer	Angelegenheiten des Tourismus für Thüringen
Selbstbestimmt in allen Lebenslagen		
301	Thomas L. Kemmerich, Robert-Martin Montag	Verhältnismäßigkeit gilt auch beim Datenschutz – Aufklärung statt Strafe bei Erstverstößen!
302	LFA IV Gesundheit, Familie und Soziales	Einführung eines liberalen Bürgergeldes in Thüringen
303	Patrick Frisch, Philip Riegel	Gelebte Demokratie in der politischen Kultur - Wirksames Vorgehen gegen politischen Extremismus in Thüringen
304	Sebastian Bethge, Robert-Martin Montag, KV Wartburgkreis-Eisenach	Mobilität braucht Flexibilität - Nahverkehrsservicegesellschaft (NVS) stärken statt abschaffen
Freiheit und Menschenrechte weltweit		
401	KV Gotha, Mike Wündsch	Weimarer Dreieck wiederbeleben – Stärkung der europäischen Integration vorantreiben
402	Stefan Beyer, Patrick Frisch, LFA VI Gesundheit, Familie, Soziales	Netzwerk „Bund, Länder und Kommunen“ - Integration erfolgreich gestalten mit Partnern aus der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft und dem Ehrenamt
403	Patrick Frisch, Philip Riegel	Generation Europa - Europäisches Schüleraustauschprogramm aufbauen
Politik, die rechnen kann		
501	Jungen Liberalen (JuLis) Thüringen e. V., Philip Riegel	Süße Sünde ohne bitteren Nachgeschmack - Keine Zuckersteuer einführen
502	Thomas L. Kemmerich, Robert-Martin Montag, KV Wartburgkreis-Eisenach	Demokratie lebt vom Wechsel – Amtszeit von Ministerpräsidenten begrenzen
503	Patrick Frisch, William Schlosser	Modellerprobung von 3D-Fußgängerüberwegen

33. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 09.06. / 10.06.2018 in Bad Tabarz

Seite 1 von 2

ANTRAG-NR. 101

Antragsinhalt: Berufliche Ausbildung von Jugendlichen Migranten

Antragsteller: LFA I Bildung, Hochschule, Wissenschaft und Kunst, Philip Riegel

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die Freien Demokraten fordern die duale berufliche Ausbildung von jugendlichen Migranten
2 mit eingeschränktem und uneingeschränktem Aufenthaltsstatus schnell, berufsfeldbreit so-
3 wie landesweit zu intensivieren und durch vollzeitschulische berufliche Vorbereitung den
4 Weg hierfür zu ebnen. Das ist erforderlich, um den Fachkräftenachwuchs in Handwerk und
5 Industrie zu sichern sowie die Integration dieser Gruppe zu verbessern.

6
7 Dazu sind nach Ansicht der Freien Demokraten Thüringen folgende Maßnahmen erforder-
8 lich:

9
10 1. Nach einer intensiven Sprachausbildung und grundständigen Bildung im vollzeitschuli-
11 schen Kontext den jugendlichen Migranten, entsprechend Ihren habituellen Gegebenheiten
12 und Interessen zunächst eine berufsfeldbreite Grundbildung anzubieten.

13
14 2. Eine Kooperation mit den Ausbildungszentren der Industrie- und Handelskammer (IHK),
15 bzw. der Handwerkskammer (HK) als eine mögliche Ergänzung zu begründen.

16
17 3. Es ist sinnvoll, bei erkennbarer Leistungs- und Integrationsbereitschaft, die Altersgrenze
18 der dualen Ausbildung vorgeschalteten Beschulung auf 23-25 Jahre anzuheben.

19
20 4. Nach dem anschließenden Zustandekommen eines Ausbildungsvertrages einen nahtlosen
21 Übergang in die Fachbildung des entsprechenden Berufes zu gewährleisten.

22
23 5. Die intensive Sprachförderung unabhängig von der Studentafel des Ausbildungsberufes
24 begleitend fortzuführen.

25
26 Begründung:

27
28 Jugendliche Migranten, welche für eine akademische Bildung nicht infrage kommen, sollte
29 im Sinne einer besseren Integration die Möglichkeit eröffnet werden, in eine duale berufli-
30 che Ausbildung einzusteigen. Ziel einer solchen Maßnahme ist es, zum Einen, diesem Perso-
31 nenkreis eine sinnvolle Tätigkeit anzubieten, zum Anderen der Industrie und dem Handwerk
32 die notwendigen Fachkräfte zuzuführen, die momentan auf dem Ausbildungsmarkt nicht
33 vorhanden sind.

34
35 Es besteht auf diesem Gebiet auch in Thüringen ein erheblicher Regelungsbedarf, welcher
36 durch die derzeitige Landesregierung ignoriert, bzw. falsch eingeschätzt wurde. Ein Teil
37 dieses Personenkreises ist beschäftigungslos, weil Sprachförderungsprogramme

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

33. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 09.06. / 10.06.2018 in Bad Tabarz

Seite 2 von 2

ANTRAG-NR. 101

Antragsinhalt: Berufliche Ausbildung von Jugendlichen Migranten

Antragsteller: LFA I Bildung, Hochschule, Wissenschaft und Kunst, Philip Riegel

Der Landesparteitag möge beschließen:

38 unzureichend angeboten wurden. Entsprechende Fakten wurden bereits im sog. Willkom-
39 mensmonitor von Prof. Dr. Eckardt, Bauhaus Universität Weimar, dargelegt.

40

41 Da die Industrie und das Handwerk einen nicht mehr mit einheimischen Kräften abdeckba-
42 ren Fachkräftebedarf haben, welcher durchaus zukunftsgefährdend ist, kann mit einer sol-
43 chen Maßnahme partiell Abhilfe geschaffen werden.

44

45 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

46

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

33. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 09.06. / 10.06.2018 in Bad Tabarz

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 102

Antragsinhalt: Ausbildungsberufe und berufliche Weiterbildung stärken – Bildungsoffensive 2022

Antragsteller: Thomas L. Kemmerich, Tim Wagner

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die Freien Demokraten Thüringen setzen sich dafür ein, dass Thüringen eine Vorreiterrolle
2 bei der grundlegenden Verbesserung der Situation von Ausbildungsberufen einnimmt.
3 Daher fordern die Freien Demokraten Thüringen die Landesregierung auf:
4

5 1. Den Weg zu bereiten, dass mittelfristig die Kosten der Meisterausbildung abgeschafft wer-
6 den, insbesondere die Vorbereitungs- und Prüfungsgebühren.
7

8 2. Dafür Sorge zu tragen, dass die Lehrinhalte schneller an die aktuellen Entwicklungen an-
9 gepasst werden.
10

11 3. Neu entstehende Berufsbilder und Ausbildungspläne vor dem Hintergrund der Digitalisie-
12 rung deutlich schneller zu entwickeln.
13

14 **Begründung:**
15

16 Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels ist es unverständlich, warum Studenten Ihre Ausbil-
17 dung kostenlos vom Staat erhalten und der Meisterschüler seine Ausbildung selber zahlen
18 muss. Vor dem Hintergrund der Digitalisierung werden sich auch die Berufsbilder verändern
19 und neue Berufe entstehen. Hier muss das Land deutlich schneller und flexibler agieren.
20

21 Weitere Begründung erfolgt mündlich.
22

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

33. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 09.06. / 10.06.2018 in Bad Tabarz

Seite 1 von 2

ANTRAG-NR. 201

Antragsinhalt: Tarifaufonomie in der Arbeitnehmerüberlassung stärken - Höchstüberlassungsdauer
in der Arbeitnehmerüberlassung abschaffen

Antragsteller: Torsten Sachse, Patrick Frisch, Tim Wagner

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die FDP Thüringen setzt sich dafür ein, die Tarifaufonomie in der Arbeitnehmerüberlassung
2 zu stärken und kontraproduktiv wirkende Gesetzesregelungen im Arbeitnehmerüberlas-
3 sungsgesetz wieder abzuschaffen, welche auch dem Zeitarbeiter zum einen das Recht neh-
4 men, selbstbestimmt Verträge auszuhandeln und zum anderen ihn zwingt finanziell schlech-
5 ter gestellte Verträge im Kundenbetrieb anzunehmen, wenn er die Tätigkeit über die Über-
6 lassungsdauergrenzen hinaus fortsetzen möchte.

7
8 Insbesondere fordert die FDP Thüringen, sofern ein Tarifvertrag seitens des Verleihers An-
9 wendung findet, die Abschaffung der Höchstüberlassungsdauer von Beschäftigten im Rah-
10 men der Arbeitnehmerüberlassung für die Entgeltgruppen E1 und E2.

11
12 Dazu werden die Abgeordneten der FDP-Bundestagsfraktion gebeten entsprechende Geset-
13 zesinitiativen im Deutschen Bundestag zu initiieren.

14
15 **Begründung:**

16
17 Am 01. April 2017 ist das Gesetz zur Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes in
18 Kraft getreten. Dies beinhaltet unter anderem eine Höchstüberlassungsdauer von 18 Mo-
19 naten, eine Unterbrechungsregelung von 3 Monaten (+1 Tag) sowie die Regelung zum Equal
20 Pay nach 9 Monaten Einsatzdauer.

21
22 **Überlassungshöchstdauer §1b Satz 1 AÜG (Auszug)**

23
24 Der Verleiher darf denselben Leiharbeiter nicht länger als 18 aufeinander folgende
25 Monate demselben Entleiher überlassen; der Entleiher darf denselben Leiharbeiter
26 nicht länger als 18 aufeinander folgende Monate tätig werden lassen.

27
28 **Unterbrechungsregelung §1b Satz 2 AÜG (Auszug)**

29
30 Der Zeitraum vorheriger Überlassungen durch den selben oder einen anderen Verleiher an
31 denselben Entleiher ist vollständig anzurechnen, wenn zwischen den Einsätzen jeweils nicht
32 mehr als drei Monate liegen.

33

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

33. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 09.06. / 10.06.2018 in Bad Tabarz

Seite 2 von 2

ANTRAG-NR. 201

Antragsinhalt: Tarifaufonomie in der Arbeitnehmerüberlassung stärken - Höchstüberlassungsdauer in der Arbeitnehmerüberlassung abschaffen

Antragsteller: Torsten Sachse, Patrick Frisch, Tim Wagner

Der Landesparteitag möge beschließen:

34 **Equal Pay §8 Abs. 4 Satz 1 AÜG (Auszug)**

35

36 Ein Tarifvertrag im Sinne des Absatzes 2 kann hinsichtlich des Arbeitsentgelts vom Gleichstel-
37 lungsprinzip für die ersten neun Monate einer Überlassung an einen Entleiher abweichen.

38

39 Der aktuelle gesetzliche Mindestlohn beträgt derzeit 8,84€.

40 Nach dem Entgelttarifvertrag BAP/DGB – Tarifgemeinschaft bekommt ein Zeitarbeitnehmer
41 (m/w) in der E1 Ost 9,27€ (ab dem 01.01.2019 - 9,49€) und E1 West 9,49€ (ab dem
42 01.04.2019 – 9,79€).

43

44 In der Entgeltstufe E2 bekommt ein Zeitarbeitnehmer (m/w), E2 Ost 9,37€ (ab dem
45 01.01.2019 – 9,73 €) und E2 West 10,13€ (ab dem 01.04.2019 10,45€).

46 Erfolgt ein ununterbrochener Einsatz bei einem Kunden, wird der einsatzbezogene Zuschlag
47 fällig und zwar in Höhe von 1,5% ab dem 9 Kalendermonat und 3% ab dem 12 Kalendermo-
48 nat.

49

50 Nicht nur, dass dem Zeitarbeitnehmer (m/w) das Recht genommen wird selbstbestimmt Ver-
51 träge auszuhandeln und abzuschließen, er/sie würde auch bei einem Arbeitgeberwechsel hin
52 zum Entleiher, monetär schlechter gestellt (nach aktueller Tariffage in der EG 1 Ost zzgl. 1,5
53 % Überlassungsdauerzuschlag nach 9 Monaten 0,57 €/Stunden ca. 86,00 €/Monat).

54 Gerade in Unternehmen wo Zeitarbeitnehmer (m/w) Tätigkeiten ausüben, die keine bzw.
55 nur eine geringe Anlernzeit erfordern wird oft nur der gesetzliche Mindestlohn gezahlt, so-
56 mit besteht seitens des Zeitarbeitnehmers (m/w) oftmals keine Motivation einen Arbeitge-
57 berwechsel hin zum Entleiher zu vollziehen.

58

59 Häufig melden sich Zeitarbeitnehmer (m/w) für die Dauer von drei Monaten und einen Tag
60 arbeitssuchend, da ein angebotener neuer Einsatz, seitens des Verleihers, oft mit einem
61 Wechsel des Wohn- und Arbeitsortes einhergeht. Dadurch gehen tarifliche Ansprüche auf
62 Überlassungsdauerzuschläge von 1,5 %/3,0 % verloren.

63

64 Die Höchstüberlassungsdauer und die aktuelle Equal Pay Regelung, für die Entgeltstufen E1
65 und E2 sind obsolet und kontraproduktiv.

66

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

33. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 09.06. / 10.06.2018 in Bad Tabarz

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 202

Antragsinhalt: Angelegenheiten des Tourismus für Thüringen

Antragsteller: Jürgen Meyer

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die FDP Thüringen setzt sich dafür ein, die wirtschaftliche Entwicklung von Tourismus in Thü-
2 ringen durch die Bündelung der Kompetenzen in einem eigenen Staatssekretariat zu sichern.
3 Für dieses Staatssekretariat sollen die bisher zuständigen Ministerien für Kultur, Wirtschaft
4 und Landwirtschaft, sowie der Staatskanzlei entsprechende personelle und finanzielle Aus-
5 stattung abgeben und bündeln. Idealer Weise sollte dieses Staatssekretariat auf Grund der
6 Querschnittsaufgabe in der Thüringer Staatskanzlei angesiedelt werden. Die bestehenden
7 Konzepte zum Tourismusmarketing der einzelnen Bereiche der Ministerien sollen Grundlage
8 der Arbeit eines neuen Staatssekretariats werden.

9

10 Begründung:

11

12 Seit 1990 werden die strategischen Probleme lediglich repariert. Die Verantwortlichkeiten
13 verschiedener Ministerien sichern dabei keine erfolgreiche Entwicklung dieses wichtigen
14 Wirtschaftsfaktors.

15

16 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

17

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

33. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 09.06. / 10.06.2018 in Bad Tabarz

Seite 1 von 2

ANTRAG-NR. 301

Antragsinhalt: Verhältnismäßigkeit gilt auch beim Datenschutz – Aufklärung statt Strafe bei Erstverstößen!

Antragsteller: Thomas L. Kemmerich, Robert-Martin Montag

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Ein wirkungsvoller Datenschutz ist uns Freien Demokraten ein Herzensanliegen. Für uns ist
2 es unumstritten, dass die Datensouveränität jedes Einzelnen eines der zentralen Bürgerrech-
3 te in der digitalen Welt ist. Insofern begrüßen wir grundlegend den Ansatz der Europäischen
4 Union mit der Datenschutzgrundverordnung hohe Maßstäbe europaweit einheitlich zu set-
5 zen.

6
7 Neben dem berechtigten Schutz der informationellen Selbstbestimmung der Bürger, müssen
8 rechtliche Regelungen aber auch praktikabel und verhältnismäßig sein. Die neuen Daten-
9 schutzregeln, die empfindliche Strafen teils in Millionenhöhe vorsehen, betreffen eben nicht
10 nur große globale Player wie Google oder Facebook, sondern auch kleine und mittlere Un-
11 ternehmen, Vereine und das Ehrenamt.

12
13 Die Bundesregierung ist in einigen Punkten über die Vorgaben der DGSVO hinausgegangen:
14 Beispielsweise bei der Verpflichtung für Unternehmen zur Stellung eines Datenschutzbeauf-
15 tragten, sobald zehn Personen ständig mit der automatisierten Verarbeitung personenbezo-
16 gener Daten beschäftigt sind (§ 38 Absatz 1 Satz 1 BDSG n.F.). In anderen Fällen sind die
17 Auswirkungen der neuen Regelungen der DSGVO bspw. auf Branchen wie die der freien Fo-
18 tografien vollkommen unklar. Das damit verbundene Haftungsrisiko bei sofortiger Strafwirk-
19 samkeit eines Verstoßes erschwert darüber hinaus die Vereins- und Ehrenamtsarbeit.

20
21 Aber obwohl seit zwei Jahren klar ist, dass ab dem 25. Mai 2018 europaweit einheitliche
22 neue Datenschutzregeln gelten, hat beispielsweise der Thüringer Landtag erst am 24. Mai
23 2018 das neue Datenschutzrecht im Landesrecht verankert. Das teilweise Fehlen, bzw. erst
24 zu spät Verankern dieser Landesgesetze führt zu einer Reihe problematischer Konsequen-
25 zen. Denn die genauen Rollen der Landesdatenschutzbeauftragten und ihre neuen Kompe-
26 tenzen und Befugnisse sind nun nicht, oder für den Verbraucher zu spät gesetzlich beschrie-
27 ben. Auch das Fortbestehen des sogenannten Presseprivilegs, das Medienunternehmen be-
28 sondere Freiheiten bei der Verarbeitung personenbezogener Daten zu journalistischen Zwe-
29 cken einräumt, ist zur Zeit offen. Sollte dies künftig ohne Zustimmung des Betroffenen nicht
30 mehr möglich sein, ist der investigative Journalismus in Gefahr. Wir Freien Demokraten ap-
31 pellieren daher an die aufsichtführenden unabhängigen Datenschutzbehörden, dass diesen
32 politischen Versäumnissen Rechnung getragen wird.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

33. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 09.06. / 10.06.2018 in Bad Tabarz

Seite 2 von 2

ANTRAG-NR. 301

Antragsinhalt: Verhältnismäßigkeit gilt auch beim Datenschutz – Aufklärung statt Strafe bei Erstverstößen!

Antragsteller: Thomas L. Kemmerich, Robert-Martin Montag

Der Landesparteitag möge beschließen:

33 Für uns Freie Demokraten ist klar: zunächst muss es gelten, Aufklärung über das neue Re-
34 gelwerk zu betreiben, Ängste vor Datenschutz abzubauen und ermahnd auf Datenschutz-
35 verstöße zu reagieren. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, eine Abmahnwelle zu
36 verhindern. Hierzu müssen alle Verbraucherschutzverbände mit Verbandsklagerecht in Da-
37 tenschutzsachen in eine Lösung eingebunden werden, um zusammen mit der Datenschutz-
38 aufsicht an einem Strang zu ziehen. Zudem fordern wir, dass von der FDP 2013 initiierte Ge-
39 setz zur Deckelung von Abmahnkosten bei urheberrechtlichen Abmahnungen von Privatper-
40 sonen auf datenschutz-rechtliche Abmahnungen auszuweiten.

41
42 Wir fordern die Bundesregierung auf, im Rahmen des europarechtlich Zulässigen schnellst-
43 möglich Rechtsicherheit – nicht nur für Fotografen - zu schaffen und nicht auf eine lange
44 Phase durch Klärung der Gerichte zu setzen.

45
46 Der Landesgesetzgeber wird dazu aufgerufen, bei der Diskussion um das Presseprivileg die
47 Unabhängigkeit der Medien nicht aus den Augen zu verlieren und dem Prinzip unabhängig
48 von der genutzten Medienplattform Geltung zu verleihen.

49
50 Der Landesparteitag bittet die Fraktionen der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag
51 und in den Landtagsfraktionen, dem Grundsatz „Aufklärung vor Strafe“ entsprechend, im
52 Rahmen des europarechtlich Zulässigen gesetzgeberische Änderungen zu erwirken.

53
54 **Begründung:**

55
56 Begründung erfolgt mündlich.

57

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

33. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 09.06. / 10.06.2018 in Bad Tabarz

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 302

Antragsinhalt: Einführung des liberalen Bürgergeldes in Thüringen

Antragsteller: LFA IV Gesundheit, Familie und Soziales

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Wir Freien Demokraten setzen uns für mehr Transparenz, Effizienz und für die Vereinfachung bei den steuerfinanzierten Sozialleistungen ein und fordern Thüringen als Modellregion für die Einführung des liberalen „Bürgergeldes“.

2 Begründung:

3
4
5
6
7 Aktuell gibt es ca. 120 verschiedene Sozialleistungen bei 40 verschiedenen Behörden mit
8 jeweils ganz unterschiedlichen Voraussetzungen. Diese Leistungen sind nicht ausreichend
9 aufeinander abgestimmt. Wem welche Leistungen zustehen ist für die Betroffenen und auch
10 für die öffentliche Verwaltung oftmals nicht erkennbar. Das System ist schwer durchschaubar
11 und kann die Arbeitsaufnahme oder Erhöhung vom Einkommen sogar bestrafen, wenn
12 beispielsweise durch den Wegfall einer ergänzenden Sozialleistung am Ende trotz Arbeit weniger
13 Geld übrigbleibt. Wir Freien Demokraten setzen uns deshalb für die Einführung eines liberalen
14 Bürgergeldes für alle deutschen Staatsbürger in Thüringen ein.

15
16 Dadurch werden alle Sozialleistungen, wie beispielsweise die Regelleistung und die Unterkunftskosten
17 des Arbeitslosengeldes II, die Grundsicherung im Alter, die Sozialhilfe zur Bestreitung des
18 Lebensunterhaltes, der Kinderzuschlag, BAföG, das Wohngeld uvm. zusammengefasst. Als einzige
19 Leistung soll ein liberales „Bürgergeld“ vom Finanzamt verwaltet und ausgezahlt werden. Die
20 Höhe wird abhängig von den regionalen Kosten der Unterkunft (KdU) berechnet.

21
22 Selbstverdientes Einkommen soll nur zu 50% angerechnet werden. Wir wollen eine trittfeste
23 Leiter in die finanzielle Eigenständigkeit bauen, denn auch Mini- oder Midijobs müssen sich
24 für einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger wieder lohnen. Die Kranken- und Pflegekassen
25 werden als zentrale Ansprechpartner für alle Gesundheits-, Pflege- und Rehaleistungen weiterentwickelt.

26
27
28 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

29

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

33. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 09.06. / 10.06.2018 in Bad Tabarz

Seite 1 von 5

ANTRAG-NR. 303

Antragsinhalt: Gelebte Demokratie in der politischen Kultur -

Wirksames Vorgehen gegen politischen Extremismus in Thüringen

Antragsteller: Patrick Frisch, Philip Riegel

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Zwischen den Extremen "Rechts oder Links" - Politischer Extremismus in Thüringen

2

3 Die Freiheit der Meinung, des Wortes und der Schrift sind gelebter Ausdruck einer vielseitigen
4 Debattenkultur in einer offenen, demokratischen und liberalen Gesellschaft. Trotzdem
5 führt unter anderem die Verrohung der Sprache in der politischen Auseinandersetzung zu-
6 nehmend zu einer Polarisierung der Gesellschaft und einer einfachen Klassifizierung im
7 Links-Rechts-Schema der politischen Extreme sowie abstrakten Diskussionen, ob man sich
8 als Partei rechts oder links im Vergleich zu seinem politischen Mitbewerber einordnet.

9

10 Dieses eindimensionale Links-Rechts-Schema reicht heute nicht mehr aus, um politische Par-
11 teien einzuordnen oder gar ihre vielschichtige Positionierung zu bewerten. Nichtsdestotrotz
12 ist es in der Diskussion um Extremismus immer noch weitläufig gebräuchlich, weil es eine
13 scheinbar einfache Zuordnung der politischen Extreme ermöglicht.

14

15 Wir Freie Demokraten Thüringen stellen daher dieser überholten Einordnung eine liberale
16 Vorgehensweise zum Umgang mit politischem Extremismus entgegen. Entscheidend ist die
17 Klärung, wo die Grenze zwischen in der inhaltlich-radikal wahrgenommen Form, aber noch
18 dem demokratischen Spektrum zuzuordnenden Positionen einerseits und extremistischen
19 und verfassungsfreundlichen Ideologien andererseits verläuft. Insbesondere zunehmend auf-
20 tretende Gewalttaten, die in Zusammenhang mit politischem Extremismus stehen, und in
21 deren Folge es regelmäßig zum scheinbar lautstarken Aufschrei in der Bevölkerung kommt,
22 dürfen nicht als Ausrede herhalten für Forderungen bspw. nach besserer Überwachung
23 durch Vorratsdatenspeicherung oder dem Mittel des Parteiverbotes. Alle Parteien sind hier
24 gefordert, ohne Überreaktionen Antworten der politischen Teilhabe zu finden auf den stei-
25 genden Zuspruch zu radikalen Parteien und extremistischen Organisationen und auch auf
26 den Anstieg politisch motivierter Verbrechen.

27

28 **Allen Arten von Extremismus klar entgegentreten**

29

30 Das Vertreten inhaltlicher politischer Positionen, welche in der Wahrnehmung als radikal
31 angesehen werden, sind für die FDP Thüringen nicht grundsätzlich verwerflich, nur weil wir
32 sie punktuell in dieser Form ggf. ablehnen, denn die Meinungsfreiheit gehört zu den Grund-
33 festen unseres Rechtsstaates.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

Antragsinhalt: Gelebte Demokratie in der politischen Kultur -

Wirksames Vorgehen gegen politischen Extremismus in Thüringen

Antragsteller: Patrick Frisch, Philip Riegel

34 Überspitzte Meinungen in der Wahrnehmung der politischen Landschaft dienen der Schär-
35 fung des inhaltlichen Profils der Parteien. Sie treiben Gedanken durch Provokation auf die
36 Spitze und fordern mitunter auch die Argumentationskraft der gemäßigten politischen Ak-
37 teure neu heraus. Als radikal gelten dabei jedoch Positionen, die zwar auf Veränderung des
38 politischen Systems gerichtet sind, seinen Rahmen, also die freiheitlich-demokratische
39 Grundordnung, aber akzeptieren und Gewaltanwendung zur Erreichung ihrer Ziele vollstän-
40 dig ausschließen.

41
42 Aus diesen Gründen muss radikalen Positionen, unabhängig davon, aus welcher Richtung sie
43 stammen, aus Sicht der FDP Thüringen zuallererst mit Argumenten begegnet werden. Den
44 extremistischen politischen Strömungen ist dagegen eines gemein: Ihr Ziel sind nicht kleinere
45 und größere Änderungen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, um damit in ein-
46 zeln Politikfeldern ihre Ansichten durchsetzen zu können - ihr Blick richtet sich auf das
47 große Ganze. Die Überwindung des Systems ist das Ziel, zu dessen Erreichung auch Gewalt-
48 anwendung nicht ausgeschlossen wird, der demokratische Verfassungsstaat wird abgelehnt.
49 Das haben linker, rechter und auch religiöser Extremismus, soweit er politische Vorstellun-
50 gen enthält, gemeinsam.

51
52 Wir Freien Demokraten in Thüringen treten mit einem optimistischen Freiheitsempfinden
53 für eine pluralistische, weltoffene und rechtsstaatliche Gesellschaft ein, in der individuelle
54 Selbstbestimmung und gesellschaftliche Vielfalt Motor sind für Fortschritt, Teilhabe und In-
55 novation. Dahingehend sehen wir extremistische Gruppierungen jeder Couleur als Problem,
56 welches in keinem Fall verharmlost werden darf und mit allen Mitteln des Rechtsstaates be-
57 gegnet werden muss.

58 59 **Parteiverbote**

60
61 Die Ausgestaltung des Parteiverbotsverfahrens ist unklar und rechtsstaatlich bedenklich.
62 Zurzeit ist die einzige Rechtsgrundlage für ein Parteiverbotsverfahren der Artikel 21 Absatz 2
63 des Grundgesetzes "Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger
64 darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu
65 beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfas-
66 sungswidrig." Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungs-
67 gericht entsprechend diesem Artikel. Das Ermessen über ein Verbot liegt demnach allein in
68 der Hand der Richter des Verfassungsgerichts.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

Antragsinhalt: Gelebte Demokratie in der politischen Kultur -

Wirksames Vorgehen gegen politischen Extremismus in Thüringen

Antragsteller: Patrick Frisch, Philip Riegel

69 Die FDP Thüringen steht dennoch generell zum verfassungsrechtlichen Instrument des Par-
70 teiverbotes.

71
72 In erster Linie muss für uns Freie Demokraten in einer Demokratie eine Partei, die eine ge-
73 wisse Anzahl an Anhängern hat, auf dem politischen Parkett entlarvt und argumentativ über-
74 trumpft werden, ohne dass man sich leichtfertig der abstrakten Forderung bzgl. dem Mittel
75 eines Parteiverbotes bedienen muss.

76
77 **Reform der Verfassungsschutz-Sicherheitsarchitektur**

78
79 Für die Bekämpfung extremistischer Organisationen und politisch motivierter Gewalt wollen
80 wir Freie Demokraten Thüringen eine Reform der Sicherheitsarchitektur in Deutschland
81 denn zu viele Behörden sind derzeit für unsere Sicherheit zuständig. Diese Strukturen wollen
82 wir straffen und stärken und im Konkreten die Verfassungsschutz-Strukturen mit einem
83 Bundesamt für Verfassungsschutz und den jeweiligen Landesämtern für Verfassungsschutz
84 umfassend reformieren. Wir Freie Demokraten wissen: Gerade auch ein demokratischer
85 Staat muss sich schützen. Das macht auch gut organisierte und leistungsfähige Strukturen in
86 der geheimdienstlichen Arbeit unerlässlich.

87
88 Wir fordern die Abschaffung der Landesämter für Verfassungsschutz und die Bündelung aller
89 inländischen nachrichtendienstlichen Aufgaben beim Bundesamt für Verfassungsschutz,
90 denn verfassungsfeindliche Bestrebungen machen vor Ländergrenzen nicht halt und die bis-
91 herige Koordinierung, die Doppelzuständigkeiten und bspw. die unterschiedliche Handha-
92 bung und Ausgestaltung des Einsatzes von V-Leuten sowie die Regelungen zum
93 Austausch von wichtigen Informationen zwischen den Bundesländern haben nicht zu einer
94 leistungsfähigen, vollständigen und effektiven Arbeitsteilung geführt, sondern eher zu Ver-
95 wirrung und Vertrauensverlust in die Sicherheitsarchitektur

96
97 Klare Kompetenzabgrenzung ohne Doppelzuständigkeiten ist das Ziel. Gleichzeitig müssen
98 dazu alle Sicherheitsbehörden enger zusammenarbeiten und Informationen leichter austau-
99 schen können, wenn angemessene rechtliche Voraussetzungen, wie etwa ein Anfangsver-
100 dacht auf eine Straftat, vorliegen. Das ist zum Schutz der Bevölkerung notwendig. Hierfür
101 muss es eine funktionierende Koordinierungsstelle geben.

102

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

Antragsinhalt: Gelebte Demokratie in der politischen Kultur -

Wirksames Vorgehen gegen politischen Extremismus in Thüringen

Antragsteller: Patrick Frisch, Philip Riegel

103 **Prävention durch Bildung**

104

105 Das Ziel in der Erziehung junger Menschen kann es nach Ansicht der FDP Thüringen nicht
106 sein, ihnen bestimmtes politisches Gedankengut ohne jede Begründung zu verbieten. Wir als
107 Liberale ziehen aus unserem Selbstverständnis heraus stets größtmögliche Information über
108 vermeintlich negative Einflüsse dem reinen Verbot vor - das gilt auch in Bezug auf politisch
109 extremistisches Gedankengut.

110

111 Es ist nicht allein Aufgabe des Sozialkundeunterrichts, Schüler politisch zu sensibilisieren.
112 Auch das Fach Geschichte ist hier in der Verantwortung den politischen Bezug in der histori-
113 schen Einordnung deutlicher in der Lehre vorzunehmen, insbesondere zu den demokrati-
114 schen Anfängen und den Diktaturen der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert. Die FDP
115 Thüringen fordert eine Evaluation über die Erforderlichkeit einer Verstärkung der politischen
116 Bildung in der Stundentafel der sozialwissenschaftlichen Fächer in allen Schulformen. Zusätz-
117 lich zum bisherigen Lehrplan sollen vor allem die Prinzipien des Grundgesetzes sowie die
118 Geschichte und Entwicklung der politischen Strömungen in Deutschland intensiver behan-
119 delt werden, bei der sich aktiv und schülerorientiert, zum Beispiel durch Projekte, Plenardis-
120 kussionen und Zeitzeugenbefragungen mit politischen Einstellungen auseinandergesetzt
121 wird.

122

123 Das Ziel politischer Bildung in der Schule soll dabei sein, die Schüler so umfassend über das
124 politische System der Bundesrepublik Deutschland zu informieren, dass sie bei ihrer ersten
125 Teilnahme an Wahlen in der Lage sind, Wahlversprechen und -programme selbstbestimmt
126 kritisch zu hinterfragen und eine verantwortungsvolle Entscheidung zu treffen.

127

128 Zugleich sehen wir präventiv die Aufgabe der politischen Bildung generationenübergreifend
129 als substanziell wichtig an und fordern die verstärkte Aufklärung durch die Landeszentrale
130 für politische Bildung bspw. in enger Kooperation mit den Volkshochschulen, Vereinen und
131 Jugendorganisationen sowie Stiftungen auf kommunaler Ebene. Denn verantwortungsvolle,
132 selbstbestimmte Wahlentscheidungen sind gesamtgesellschaftlich in allen Altersgruppen das
133 Fundament gelebter Demokratie. Hierfür benötigt es nach Ansicht der Freien Demokraten
134 Thüringen intergenerationelle Projekte, die einen aktiven Erfahrungsaustausch von Genera-
135 tionen und deren Erlebnissen fördert.

136

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

33. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 09.06. / 10.06.2018 in Bad Tabarz

Seite 5 von 5

ANTRAG-NR. 303

Antragsinhalt: Gelebte Demokratie in der politischen Kultur -

Wirksames Vorgehen gegen politischen Extremismus in Thüringen

Antragsteller: Patrick Frisch, Philip Riegel

137 **Ehrenamtliche Arbeit**

138

139 Die ehrenamtliche Arbeit von Vereinen und Organisationen, die sich gegen Extremismus
140 engagieren und u.a. für Demokratie, Vielfalt, Weltoffenheit und Toleranz eintreten, ist eine
141 der wichtigsten Säulen gegen politisch motivierte Gewalt.

142

143 Auf eine entsprechende Ausgewogenheit in der ministeriellen Finanzmittelverteilung ist in
144 den jeweiligen Landesprogrammen strikt zu achten.

145

146 Dazu fordert die FDP Thüringen eine stärkere Kooperation aller Schulformen mit ehrenamtli-
147 chen Organisationen und Stiftungen, um die politische Bildung in der Schule mit der Praxis
148 besser zu verknüpfen. Dabei darf aber die politische Bildung nicht an externe ehrenamtliche
149 Strukturen abgeschoben werden.

150

151 **Begründung:**

152

153 Begründung erfolgt mündlich.

154

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

33. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 09.06. / 10.06.2018 in Bad Tabarz

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 304

Antragsinhalt: Mobilität braucht Flexibilität - Nahverkehrsservicegesellschaft (NVS) stärken statt
abschaffen

Antragsteller: Sebastian Bethge, Robert-Martin Montag, KV Wartburgkreis-Eisenach

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die Freien Demokraten Thüringen fordern die Landesregierung dazu auf, die Nahverkehrs-
2 servicegesellschaft (NVS) zu erhalten und nicht in das Infrastrukturministerium einzuglie-
3 dern. Darüber hinaus fordern wir eine Stärkung der NVS zu einer landesweiten Koordinati-
4 onsstelle für den öffentlichen Personennahverkehr auf Schiene und Straße. Ziel des erwei-
5 erten Aufgabenspektrums sind für uns flexiblere, bedarfsgerechte und miteinander vernetz-
6 te Mobilitätsangebote in Thüringen.

7

8 **Begründung:**

9

10 Die Nahverkehrsservicegesellschaft (NVS) plant, bestellt und finanziert im Auftrag des Frei-
11 staats den Schienenpersonennahverkehr (SPNV). Die meisten Bundesländer organisieren
12 den Bereich ebenfalls über ähnliche Gesellschaften. Entgegen dieser positiven Erfahrungen,
13 beabsichtigt die rot-rot-grüne Landesregierung eine Eingliederung der NVS in die Ministeri-
14 albürokratie des Infrastrukturministeriums. Mit diesem Schritt würden die Verantwortlichen
15 ihr organisatorische Eigenständigkeit und Flexibilität verlieren. Auch der Fahrgastverband
16 ProBahn spricht sich gegen das Vorhaben der Landesregierung aus und plädiert stattdessen
17 für eine Stärkung der NVS.

18

19 Im Gegensatz zur Landesregierung möchten wir die Eigenständigkeit der NVS erhalten und
20 ihren Zuständigkeitsbereich um eine landesweite Koordination des Busverkehrs erweitern. In
21 anderen Bundesländern vernetzen die entsprechenden Gesellschaften bereits mit den
22 kommunalen Partnern die Bahn- und Busangebote. Diese Möglichkeit möchten wir auch in
23 Thüringen nutzen, um unsere Mobilitätslandschaft zu verbessern und die Chancen der Digi-
24 talisierung zu nutzen.

25

26 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

27

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

33. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 09.06. / 10.06.2018 in Bad Tabarz

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 401

Antragsinhalt: Weimarer Dreieck wiederbeleben – Stärkung der europäischen Integration vorantreiben

Antragsteller: KV Gotha, Mike Wündsch

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die FDP-Bundestagsfraktion wird gebeten eine parlamentarische Initiative für die Wiederbe-
2 lebung des Weimarer Dreiecks zu starten.

3

4 **Begründung:**

5

6 Auf Initiative von Hans-Dietrich Genscher wurde im Sommer 1991 zusammen mit den Au-
7 ßenministern Polens und Frankreichs das Weimarer Dreieck in Thüringen gegründet. Das
8 Weimarer Dreieck begann zunächst als loses politisches Konsultationsforum und entwickelte
9 sich zu einem festen Bestandteil der europäischen Zusammenarbeit. Gerade nach der Ost-
10 erweiterung der Europäischen Union im Jahr 2004 kam dem Weimarer Dreieck auch eine
11 geopolitische Bedeutung zu. Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs sowie
12 Zusammenkünfte der verschiedenen Fachminister fanden regelmäßig statt.

13

14 Seit 2016 sind diese Treffen auf Eis gelegt.

15

16 Gerade heute, in einer Zeit, in der der Zusammenhalt Europas in Bezug auf die globalen Her-
17 ausforderungen wichtiger denn je ist, muss jede Form der innereuropäischen Integration im
18 Sinne Hans-Dietrich Genschers genutzt werden. Das Weimarer Dreieck ist ein sehr gutes und
19 geeignetes Instrument, um die geschichtlichen und kulturellen Unterschiede zwischen Ost-
20 und Westeuropa zu überwinden und die europäische Integration zu vertiefen.

21

22 Aus diesem Grund sollte die Thüringer FDP die Bundestagsfraktion bitten, eine entsprechen-
23 de Initiative zu ergreifen und die Bundesregierung auffordern, dass Weimarer Dreieck wie-
24 derzubeleben.

25

26 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

27

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

33. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 09.06. / 10.06.2018 in Bad Tabarz

Seite 1 von 2

ANTRAG-NR. 402

Antragsinhalt: Netzwerk "Bund, Länder, Kommunen" - Integration erfolgreich gestalten mit Partnern aus der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft und dem Ehrenamt

Antragsteller: Stefan Beyer, Patrick Frisch, LFA VI Internationale Politik

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Integration ist kein selbstangepasster Automatismus, sondern gelingt nur, wenn die Bereit-
2 schaft zur Integration besteht und der Bund, die Länder und die Kommunen in ihren jeweili-
3 gen Verantwortungsbereichen zusammenarbeiten und gemeinsam für die Integration einen
4 geordneten Rechtsrahmen schaffen.

5
6 Unabhängig der Frage, aus welchen Gründen der individuellen Lebenslage Menschen ihre
7 Heimat verlassen, ist für uns Freie Demokraten Thüringen in einem liberalen Rechtsstaat das
8 Grundgesetz das Fundament des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Jedem soll der dauer-
9 hafte Zugang zu unserem Arbeitsmarkt nach den Kriterien eines modernen Einwanderungs-
10 gesetzes offenstehen. Wir sehen allerdings für die Integration in Gesellschaft, Bildung und
11 Wirtschaft sowie für den Respekt vor unserem liberalen demokratischen Rechtsstaat die
12 Notwendigkeit für eine geordnete Zuwanderung, die auch Akzeptanz in unserer Gesellschaft
13 findet.

14
15 Für das erfolgreiche Gelingen, sind drei grundlegende Säulen notwendig: ein geklärter Auf-
16 enthaltsstatus, das Erlernen der deutschen Sprache und der Zugang zum Arbeitsmarkt. Um
17 diese Säulen zu stärken, müssen der Bund, das Land und die Kommune Hand in Hand zu-
18 sammenarbeiten. Neben starken Kommunen braucht es vor allem auch Partner aus der
19 Wirtschaft, der Zivilgesellschaft und dem Ehrenamt

20 21 **Geklärtter Aufenthaltsstatus:**

22
23 Ein Flüchtling hat nur dann Chance und Motivation zur Integration, wenn sein Aufenthalts-
24 status geklärt ist und er oder sie weiß, welche Bleibeperspektive in Deutschland besteht.
25 Dazu braucht es auf Bundesebene die Schaffung eines modernen Einwanderungsgesetzes,
26 welches klar zwischen Flüchtlingen unterscheidet, denen wir einen temporären Schutz in
27 unserem Land gewähren, mit der deutlichen Perspektive, nach der Befriedung des Heimat-
28 landes dorthin zurückzukehren, um beim Aufbau der eigenen Heimat mitzuhelfen, und
29 Flüchtlingen sowie Einwanderern, denen wir einen dauerhaften Verbleib in Deutschland ge-
30 währen. Für sie muss es einen rechtsstaatlichen, transparenten Prozess geben, in dem die
31 Anforderungen klar kommuniziert werden. Zu diesen Anforderungen muss die Sprachfähig-
32 keit gehören aber auch die offenkundige Bereitschaft, sich in den deutschen Arbeitsmarkt zu
33 integrieren.

34

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

33. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 09.06. / 10.06.2018 in Bad Tabarz

Seite 2 von 2

ANTRAG-NR. 402

Antragsinhalt: Netzwerk "Bund, Länder, Kommunen" - Integration erfolgreich gestalten mit Partnern aus der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft und dem Ehrenamt

Antragsteller: Stefan Beyer, Patrick Frisch, LFA VI Internationale Politik

35 **Erlernen der deutschen Sprache:**

36
37 Da die Kenntnis der deutschen Sprache ein Schlüssel zur Integration ist, da nur so eine
38 Kommunikation in Schulen, im Freundeskreis und am Arbeitsplatz möglich ist, muss das Er-
39 lernen von Deutsch weiterhin eine hohe Priorität beigemessen werden. Deutschkurse sollten
40 auch in Zukunft in größerem Umfang angeboten und die Teilnahme bis zum Level B1 ver-
41 pflichtend gemacht werden. Das gilt insbesondere auch für den nichterwerbstätigen Ehe-
42 partner, der nur so eine Chance hat, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Besonders
43 bei Jugendlichen in der auffälligen Problemgruppe 17 bis 25 Jahre muss nach Absolvierung
44 der Schulpflicht geprüft werden, ob die Deutschkenntnisse ausreichen, um am Arbeitsmarkt
45 und dem allgemeinen Leben in Deutschland erfolgreich partizipieren zu können. Zudem ist
46 ein umfassendes Zusammenspiel erforderlich für eine bedarfsnotwendige, finanzielle und
47 personelle Ressourcenausstattung von allgemeinbildenden Schulen und Volkshochschulen.
48 Ebenso fordern wir eine bessere Verzahnung von Sprachausbildung und Berufsausbildung
49 sowie die Etablierung von Beratungsangeboten über den Inhalt und die Qualität der Mög-
50 lichkeiten einer Berufsausbildung in Deutschland.

51 52 **Zugang zum Arbeitsmarkt:**

53
54 Die dritte Säule einer erfolgreichen Integration muss der Zugang zum deutschen Arbeits-
55 markt sein. Dazu muss das duale Ausbildungssystem flexibilisiert werden, damit eventuelle
56 Vorkenntnisse unter festzulegenden Voraussetzungen angerechnet werden können oder
57 auch noch im vorgerückten Alter eine Ausbildung ganz oder teilweise nachgeholt werden
58 kann. Ebenso soll die Schaffung von Möglichkeiten geprüft werden, Berufserfahrung auf die
59 Ausbildungszeit anrechnen zu können und dennoch einen qualifizierten Abschluss als Aus-
60 bildungs-Gütezertifikat auszustellen. Außerdem ist zu prüfen, ob Ausnahmen vom Mindest-
61 lohn eingeräumt werden können, damit Flüchtlinge leichter die differenzierte Arbeitswelt in
62 Deutschland kennenlernen und sich an die unterschiedlichen Anforderungen anpassen und
63 erproben können.

64 65 **Begründung:**

66
67 Begründung erfolgt mündlich.

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

33. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 09.06. / 10.06.2018 in Bad Tabarz

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 403

Antragsinhalt: Generation Europa – Europäisches Schüleraustauschprogramm aufbauen

Antragsteller: Patrick Frisch, Philip Riegel

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die Freien Demokraten Thüringen setzen sich für den Aufbau eines institutionellen europäi-
2 schen Schüleraustauschprogramms für Schülerinnen und Schüler ein, mit dem Ziel beste-
3 hende Schulpartnerschaften innerhalb der Europäischen Union weiterzuentwickeln und
4 neue zu initiieren sowie die Möglichkeiten für den internationalen Jugendaustausch finanzia-
5 ell und organisatorisch zu vereinfachen.

6
7 Der Vorschlag des Thüringer Ministers Helmut Holter einen staatlich organisierten Austausch
8 zwischen Ost- und Westdeutschland zu etablieren, mehr als 25 Jahre nach der Wiederverei-
9 nigung, lehnen wir ab.

10
11 Ziel unserer Politik für die nächsten Generationen muss es sein, von dichotomen nationalen
12 Unterscheidungen zwischen Ost und West hin zu einem europäischen Miteinander zu kom-
13 men sowie die Mobilität und den Austausch junger Menschen in Europa zu fördern. Die heu-
14 tige Generation Europa lebt den europäischen Gedanken und sollte vielmehr den Wert der
15 regionalen Vielfalt und Kultur in Europa erfahren, als bspw. zwischen Erfurt und Stuttgart
16 vermeintliche Unterschiede zwischen Ost und West auszuräumen.

17
18 Die Freien Demokraten Thüringen fordern dazu u.a. das ErasmusPlus-Programm organisato-
19 risch weiterzuentwickeln, es zukünftig finanziell besser auszustatten und in Thüringen es
20 institutionell von den Rahmenbedingungen her in Zusammenarbeit mit den Schulen besser
21 zu fördern.

22
23 **Begründung:**

24
25 Begründung erfolgt mündlich.

26

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

33. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 09.06. / 10.06.2018 in Bad Tabarz

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 501

Antragsinhalt: Süße Sünde ohne bitteren Nachgeschmack - Keine Zuckersteuer einführen

Antragsteller: Jungen Liberalen (JuLis) Thüringen e. V., Philip Riegel

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die Freien Demokraten Thüringen sprechen sich entschieden gegen Vorstöße zur Einführung
2 einer Zuckersteuer aus. Die Besteuerung von Grundzutaten stellt im Endeffekt eine unge-
3 rechtfertigte Bevormundung und Belastung aller Bürger dar.

4

5 Sicherlich führt ein zu hoher Zuckerkonsum zur Gesundheitsgefährdung, aber bekanntlich
6 macht die Dosis das Gift. Die Lösung liegt daher vielmehr in einer besseren Aufklärung und
7 dem Bewusstsein für die konsumierte Menge in den Produkten als in einer erzieherischen
8 Belastungspolitik.

9

10 Die Freien Demokraten Thüringen fordern daher u.a. eine verbesserte Kennzeichnungs-
11 pflicht für Lebensmittel zum Beispiel in Form der bereits diskutierten Ampel. So kann jeder
12 Bürger auf schnelle Art und Weise erkennen, wieviel Zucker zum Beispiel im gewünschten
13 Produkt enthalten ist.

14

15 Die Freien Demokraten trauen allen Bürgern zu, verantwortlich mit dem eigenen Zuckerko-
16 sum umzugehen, anstatt sie durch eine unfunktionale Zuckersteuer zu belasten.

17

18 **Begründung:**

19

20 Begründung erfolgt mündlich.

21

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

33. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 09.06 / 10.06.2018 in Bad Tabarz

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 502

Antragsinhalt: Demokratie lebt vom Wechsel – Amtszeit von Ministerpräsidenten begrenzen

Antragsteller: Thomas L. Kemmerich, Robert-Martin Montag, KV Wartburgkreis-Eisenach

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Wir Freie Demokraten Thüringen setzen uns dafür ein, die Amtszeit von Ministerpräsidenten
2 des Freistaates Thüringen auf maximal zwei volle Wahlperioden und somit auf maximal zehn
3 Jahre zu beschränken.

4
5 Die Landesverfassung des Freistaats Thüringen ist daher im Artikel 70 Abs. 3 entsprechend
6 zu ändern.

7
8 Begründung:

9
10 Demokratie lebt vom Wechsel. In einer parlamentarischen Demokratie sollte dieser Wechsel
11 durch ein pluralistisches Parteiensystem gegeben sein, jedoch ist dies keine Selbstverständ-
12 lichkeit. Eine Amtszeitbegrenzung von Ministerpräsidenten fördert zudem Konzentration auf
13 notwendige Reformvorhaben statt die eigene Wiederwahl in den Blick zu nehmen.

14
15 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

16

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

33. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 09.06. / 10.06.2018 in Bad Tabarz

Seite 1 von 1

ANTRAG-NR. 503

Antragsinhalt: Modellerprobung von 3D-Fußgängerüberwegen

Antragsteller: Patrick Frisch, William Schlosser

Der Landesparteitag möge beschließen:

1 Die Freien Demokraten Thüringen sprechen sich dafür aus die Markierung von Fußgänger-
2 überwegen im Rahmen einer wissenschaftlich begleiteten Studie zu überprüfen und die Po-
3 tentiale eines geänderten optischen Erscheinungsbildes in Modellprojekten erforschen zu
4 lassen. Hierbei sollen an ausgewählten unfallträchtigen Standorten im Freistaat Fußgänger-
5 überwege in 3D-Optik und alternative Markierungen quer zur Fahrbahn in Zusammenarbeit
6 mit Kommunen erprobt werden. Für die wissenschaftliche Begleitung des Projektes soll die
7 Fakultät Verkehrs- und Transportwesen Erfurt verantwortlich zeichnen.

8

9 Sollte sich aus dem Forschungsprojekt eine positive Entwicklung für die Verkehrssicherheit
10 abzeichnen, ist den Kommunen eine Freiwilligkeits-Option in Abstimmung mit den Straßen-
11 verkehrsbehörden zu gestatten, Fußgängerüberwege entsprechend optisch zu markieren.
12 Hierzu muss die Straßenverkehrsordnung (StVO) ergänzt werden um die entsprechend neu-
13 en Zeichen in der StVO Anlage 2, zum bisherigen Zeichen 293.

14

Begründung:

15

16 Begründung erfolgt mündlich.

17

18

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen: